

**Antrag einer kommunalen Gebietskörperschaft
auf Gewährung einer Finanzhilfe zur Beseitigung der durch die der Naturkatastrophe
verursachten Schäden gemäß Nr. 1.1 VV Wiederaufbau RLP 2021**

an die

**Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion
Stabsstelle Wiederaufbau Flutkatastrophe 2021
Postfach 20 05 55
56005 Koblenz**

(Antrags- oder Bewilligungsbehörde)

von ADD auszufüllen:

Antrag vom _____

Eingang am _____

Antrags-Nr. _____

Maßnahm.-ID _____

Antragsteller

Name (ggf. mit Angabe der Verbandsgemeinde)	
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	
Bankverbindung (IBAN, Geldinstitut)	
Auskunft erteilt	Telefon E-Mail

Antragstellung als:

- Eigentümer
 Erbbauberechtigter des Grundstücks. Bitte Laufzeit des Erbpachtvertrags angeben:
 Inhaber eines dinglich gesicherten Nutzungsrechts. Bitte ggf. Befristung angeben:
 Sonstige vertragliche Verpflichtung zur Instandhaltung, welche die Pflicht zur Wiederherstellung umfasst.
Bitte Vertragslaufzeit angeben:

Ort/Lage der beantragten Maßnahme

Adresse bzw. genaue Angaben (ausfüllen, soweit möglich)

PLZ Ort	
Straße, Hausnummer	
optional: Gemarkung, Flur, Flurstück	

Bezeichnung der Maßnahme

kurze, aber eindeutige Bezeichnung der Maßnahme

--

Beschreibung der Maßnahme

Kurzerläuterung der entstandenen Schäden und der geplanten Beseitigung (max. 150 Zeichen)

ausführliche Erläuterungen unter I. allgemeine Angaben des Antragstellers

Gegenstand der Förderung

Es handelt sich um eine Maßnahme *) im Sinne der VV unter Einhaltung von baulichen und technischen Normen im nachfolgenden Bereich:

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> 5.1.2 a) Städtebauliche Infrastruktur | <input type="checkbox"/> 5.1.2 f) Ländliche Wege |
| <input type="checkbox"/> 5.1.2 b) Soziale Infrastruktur | <input type="checkbox"/> 5.1.2 g) Sonstige ländliche Infrastruktur |
| <input type="checkbox"/> 5.1.2 c) Verkehrliche Infrastruktur | <input type="checkbox"/> 5.1.2 h) Kultureinrichtungen in öffentlicher oder gemeinnütziger Trägerschaft |
| 5.1.2 d) <i>entfällt hier</i> | <input type="checkbox"/> 5.1.2 i) Schadensbeseitigung an Archiven privater Vereine, Stiftungen und gemeinnütziger Einrichtungen |
| 5.1.2 e) <i>entfällt hier</i> | <input type="checkbox"/> Sonstiges |

Finanzierung

<u>Förderfähige Kosten</u>	EUR
Beantragte Billigkeitsleistung	EUR
Sonstige Finanzierungsanteile	
a) Beiträge, Ausgleichsbeträge	EUR
b) Soforthilfen	EUR
c) Fördermittel Dritter	
EU	EUR
Bund	EUR
Land	EUR
Landkreis	EUR
Verbandsgemeinde	EUR
Ortsgemeinde	EUR
d) vorhandene Eigenmittel	EUR
e) Eigenleistungen	EUR
f) Kredite	EUR
g) sonstige Finanzierungsmittel/Spenden	EUR
h) Versicherungsleistungen/ Elementarschadensversicherung	EUR
<u>Nicht-förderfähige Kosten</u>	EUR
Gesamtkosten	EUR
Die Gesamtkosten enthalten Umsatzsteuer?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

Fälligkeit der Kosten

Von den Gesamtkosten fallen voraussichtlich an:		
Zeitraum	Gesamtkosten	davon ungedeckte Kosten
im Haushaltsjahr 20	EUR	EUR

- Schadenskausalität und Notwendigkeit wird bestätigt (VV Nr. 5.3.1 a) *)

Notwendigkeit *)

Bitte beschreiben Sie hier den Bedarf bzw. die bedarfsauslösenden Gründe.

II. Zusätzliche Angaben des Antragstellers bei ländlichen Wegen im Außenbereich von Gemeinden

Anzahl der ländlichen Wege (davon Forstwege)

Länge der ländlichen Wege in Metern (davon Forstwege)

III. Zusätzliche Angaben des Antragstellers bei temporären Maßnahmen

- es handelt sich um eine zwingend erforderliche und dringliche Maßnahme (VV Nr. 5.4.4 b) kk))

Bitte beschreiben Sie hier den Bedarf bzw. die bedarfsauslösenden Gründe. Aus der Erläuterung muss sich ergeben, weshalb die Maßnahme zwingend erforderlich ist und dringlich umgesetzt werden muss.

IV. **Zusätzliche Angaben des Antragstellers bei Ersatzbeschaffungen**

- Verbesserungen, soweit diese über technische Normen hinausgehen, Vergrößerungen oder Erweiterungen über den vorherigen Bestand hinaus sind nicht vorgesehen.
- Eine *)
ist vorgesehen (VV 5.4.4 c) dd)).

Bitte beschreiben Sie hier den vorherigen Bestand und die vorgesehenen Abweichungen. Aufwendungen hierfür müssen als nicht förderfähige Kosten ausgewiesen werden.

V. **Zusätzliche Angaben des Antragstellers bei Baumaßnahmen**

- Eine Erweiterung über den Bestand hinaus ist nicht Antragsgegenstand.

Es handelt sich ausschließlich um Ausgaben, die zu einer angemessenen baulichen Wiederherstellung der in VV Nr. 5.1.2 in Verbindung mit den in der Anlage genannten Infrastruktureinrichtungen aufgewendet werden müssen. Diese dienen dem Wiederaufbau unter Berücksichtigung der aktuellen Vorschriften für eine gleiche oder gleichwertige Konstruktion unter Einhaltung von baulichen und technischen Normen (VV Nr. 5.4.4 a).
- Eine Erweiterung über den Bestand hinaus ist vorgesehen (VV 5.4.4 c) dd)).

Bitte beschreiben Sie hier die vorgesehenen Abweichungen. Aufwendungen hierfür müssen im Finanzierungsplan (Seite 2) als nicht förderfähige Kosten ausgewiesen werden.

- Das geschädigte / zerstörte Gebäude bzw. die bauliche Anlage wurde nicht nach dem Erlass einer Rechtsverordnung zur Festsetzung oder nach der Veröffentlichung von Karten zur vorläufigen Sicherung des Überschwemmungsgebiets (ÜSG), die vor dem Schadenereignis galten, errichtet.
 - Die Errichtung des Gebäudes bzw. der baulichen Anlage erfolgte in dem vorgenannten Gebiet, jedoch liegt eine wasserrechtliche Genehmigung vor oder es handelt sich dabei um ein Gebäude bzw. eine bauliche Anlage im Rahmen infrastruktureller Einrichtungen nach Nr. 5.1.2 Buchst. c), d) oder e), deren Lage im ÜSG unabweisbar ist, oder um einen städtebaulich erwünschten Lückenschluss innerhalb historisch gewachsener Gemeindegebiete.
- Es handelt sich um eine Maßnahme zum nachhaltigen Wiederaufbau an anderer Stelle, da es wahrscheinlich ist, dass ein zukünftiges Starkregen- und Hochwasserereignis wiederkehrend erhebliche Schäden verursacht (VV Nr. 8.7).

Bestätigung durch eine sachverständige Person

(Ingenieur/Ingenieurin, Architekt/Architektin, bauvorlageberechtigte Person)

- Es wird bestätigt, dass der Umfang und die Funktion der wiederherzustellenden Infrastruktur mit der schadensbetroffenen Infrastruktur vergleichbar ist / gleiche oder gleichwertige Konstruktion unter Einhaltung von baulichen und technischen Normen (VV Nr. 5.4.4 a) und die Vorgaben zum Hochwasserschutz (VV Nr. 8.6 und 8.7) beachtet wurden.
- Es wird bestätigt, dass die ermittelten Kosten angemessen sind, im marktüblichen Rahmen liegen und
 - a) eine Vorplanung (LP 2 HOAI) und eine Kostenschätzung nach DIN 276, sofern es sich um eine Hochbaumaßnahmen handelt, welche weder einen Neubau noch eine wesentliche Änderung des Bestandsgebäudes darstellt; unabhängig von der Höhe der beantragten Förderung oder
 - b) eine Vorplanung (LP 2 HOAI) und eine Kostenschätzung nach DIN 276, sofern es sich um eine Hochbaumaßnahme handelt, welche einen Neubau oder eine wesentlich Änderung des Bestandsgebäudes darstellt und eine Förderung bis 7,2 Mio. EUR beantragt wird oder
 - c) eine Entwurfsplanung (LP 3 HOAI) und eine Kostenrechnung nach DIN 276, sofern es sich um eine Hochbaumaßnahme handelt, welche einen Neubau oder eine wesentliche Änderung des Bestandsgebäudes darstellt und eine Förderung ab 7,2 Mio. EUR beantragt wird oder
 - d) ein Vorentwurf nach RE und eine Kostenschätzung nach AKVS (Tiefbaumaßnahmen **) vom (Az.) erstellt wurde/wurden oder
 - e) eine Vor- oder Entwurfsplanung entbehrlich ist.
- Es wird bestätigt, dass sich die beantragte Förderung in Höhe von EUR (vgl. Seite 2) ausschließlich auf die förderfähigen Ausgaben nach Nr 5.4.4 Buchstabe b), d) und e) VV Wiederaufbau RLP 2021 bezieht. Nicht förderfähige Ausgaben nach Nr. 5.4.4 c) der VV Wiederaufbau RLP 2021 sind hierin nicht enthalten.

(Ort, Datum)

(Vor- und Nachname, Unterschrift und Stempel sachverständige Person)

**) Richtlinien zum Planungsprozess u. für die einheitl. Gestaltung von Entwurfsunterlagen im Straßenbau (RE), Ausgabe 2012 Anweisungen zur Kostenermittlung und zur Veranschlagung von Straßenbaumaßnahmen (AKVS), Ausgabe 11/2020

Ergänzende Erklärung bei Maßnahmen im Bereich der Energieeffizienz

Ist die Baumaßnahme dem Anwendungsbereich des Gebäudeenergiegesetzes (§ 2 GEG) zuzuordnen und hat sie Auswirkungen auf den Einsatz von Energie?

- Ja
- Nein

Falls ja, ist nachfolgende Erklärung durch eine sachverständige Person abzugeben.

Bestätigungen durch eine sachverständige Person*)

(Ingenieur/in der Fachrichtung TGA)

- Es wird bestätigt, dass die in Zusammenhang mit dem Bauvorhaben beabsichtigten Maßnahmen im Bereich der Energieeffizienz¹ den aktuellen gesetzlichen **Mindeststandards²** des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) entsprechen. Eine Übererfüllung der Vorgaben des GEG ist damit nicht verbunden. Die Mindeststandards sind anzulegen wegen
- Einhaltung von baulichen und technischen Normen nach Nr. 5.4.4 a) VV Wiederaufbau RLP 2021
 - Modernisierung, soweit hierfür eine Rechtspflicht besteht nach 5.4.4 e) VV Wiederaufbau RLP 2021
- Es wird bestätigt, dass im Rahmen des Vorhabens Kosten in Höhe von _____ EUR auf Maßnahmen entfallen, die zu einer **Überschreitung der gesetzlichen Mindeststandards** des GEG führen³. Die entsprechenden Kosten sind in einem gesonderten Blatt aufgeschlüsselt nach zuzuordnenden Baukosten und dem entsprechenden Anteil an den Planungskosten. Die Planungskosten sind dabei auf Grundlage eines plausiblen Schlüssels⁴ verteilt worden. Im Rahmen des Verwendungsnachweises erfolgt ein aktualisierter Nachweis der Kostenanteile.
- Die Kosten sind im Antragsformular als nicht förderfähige Kosten ausgewiesen.

(Ort, Datum)

(Vor- und Nachname, Unterschrift und Stempel
sachverständige Person)

¹ z.B. Heizungsanlage, Dämmung

² Appellierende Regelungen wie z.B. § 4 GEG, § 13 KSG oder § 9 LKSG sind nicht geeignet, um aus ihnen Mindeststandards abzuleiten. Mindeststandards müssen sich aus konkreten Regelungen ergeben.

³ z.B. über die Vorgaben in § 48 Sätze 1 und 2 GEG hinausgehende Maßnahmen

⁴ Schlüssel bitte auf Beiblatt erläutern

VI. beizufügende Anlagen

- Fotos, Schadensgutachten oder ähnliches (Darstellung der entstandenen Schäden)
- amtlicher Lageplan (Maßstab 1:1000) mit Darstellung der Maßnahme (soweit möglich)
- nachvollziehbare Kostenaufstellung vom
- eine Elementarschadenversicherung *) (VV Nr. 5.4.3)

- Alternativenbetrachtung gemäß VV Nr. 9.10:
 - Für die Maßnahme kommen verschiedene Alternativen ernsthaft in Betracht. Eine nachvollziehbare Vergleichsberechnung der Alternativen ist als Anlage beigefügt.
 - Ein Nachweis ist nicht erforderlich, da es sich um *)

- Bei interkommunaler Kooperation (VV Nr. 9.8):
Beauftragung zur Durchführung des Förderverfahrens durch einen Beteiligten

bei Hochbaumaßnahmen zusätzlich:

- Es handelt sich um einen Neubau oder wesentliche Änderungen an Bestandsgebäuden (VV Nr. 9.12), für die eine **Förderung von über 2,4 Mio. EUR bis 7,2 Mio. EUR** beantragt wird.

Dem Antrag liegen folgende Unterlagen als Anlage bei:

- Darstellung des Bedarfs
- Bau- und Raumprogramm mit Begründung

- Es handelt sich um einen Neubau oder wesentliche Änderungen an Bestandsgebäuden (VV Nr. 9.12), für die eine **Förderung ab 7,2 Mio. EUR** beantragt wird:

Dem Antrag liegen folgende Unterlagen als Anlagen bei (gemäß LP 3 HOAI):

- Darstellung des Bedarfs und Begründung des Bau- und Raumprogramms
- Übersichts- und Ortsplan mit Einzeichnung des Projektes,
- Bauzeichnungen mit Maßangaben (Maßstab 1:100)
- Erläuterungsbericht und Baubeschreibung mit Fotodokumentation
- Kostenberechnung nach DIN 276; bei Bestandsgebäuden mit Einzelkosten- und Mengenansätzen,
- Berechnung des sog. umbauten Raumes und der Fläche nach DIN 277 mit Angaben zur Bruttogrundfläche (BGF) sowie dem Bruttorauminhalt (BRI)

VII. Abschließende Erklärung des kommunalen Antragstellers

- Die dem Antrag zugrundeliegenden Unterlagen, insbesondere die Planung und die ermittelten Kosten vom _____ (Az. _____) liegen mir vor. Ich werde diese archivgerecht aufbewahren und auf Verlangen der Landesverwaltung zugänglich machen.

- Die Strafbarkeit eines Subventionsbetrugs nach § 264 StGB ist bekannt. Es wurde Kenntnis davon genommen, dass die hier gemachten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 StGB sind (VV Nr. 9.4)

(Ort, Datum)

(Vor- und Nachname, Unterschrift und Dienstsiegel)

VIII. Zusätzliche Angaben der antragstellenden Verbandsgemeinde-, Stadt- oder Gemeindeverwaltung

Die Maßnahme mit den nachfolgenden Identifikationsmerkmalen

- amtl. Gemeindeschlüsselnummer: _____
- Teilplan: _____
- Maßnahmennummer: _____
- Priorität : _____ *)
- erwartete Förderung laut Maßnahmeplan: _____ EUR

ist Gegenstand des bestätigten Maßnahmenplans des Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt vom _____ .

(Ort, Datum)

(Vor- und Nachname, Unterschrift und Dienstsiegel)

IX. Zusätzliche Angaben der Kreisverwaltung bzw. der Verwaltung der kreisfreien Stadt

- Die Maßnahme ist nicht Gegenstand des (bestätigten) Maßnahmenplans des Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt; die Aufnahme ist im Rahmen der nächsten Fortschreibung vorgesehen; eine Prüfung auf Schlüssigkeit und Plausibilität wurde vorgenommen.
- Der Antrag wurde formell auf Vollständigkeit geprüft.

(Ort, Datum)

(Vor- und Nachname, Unterschrift und Dienstsiegel)

(Hinweis: Ist die Maßnahme Teil des Maßnahmenplans, entfällt an dieser Stelle das Erfordernis, den Antrag auf dem Dienstweg über die Kreisverwaltung zu stellen und Angaben zu Punkt IX. einzuholen)